

Bewährungsprobe für Macron

Stefan Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut über die französischen Kommunalwahlen

VON STEFAN SEIENDORF

Kommunalwahlen gelten in Frankreich traditionell als Gradmesser für die Popularität von Regierung und Opposition zwischen den Präsidentschaftswahlen. Auch 2020 ist das so, auch wenn die Wähler natürlich in erster Linie die über 500000 Mandatsträger in den 34968 französischen Städten und Gemeinden bestimmen werden. (Die beiden Wahlgänge finden am 15. und am 22. März statt, red.)

Landesweites Interesse

Drei Gründe erklären das landesweite Interesse:

Die Wahl wird zeigen, ob Präsident Macron noch über die Unterstützung der Franzosen verfügt. Bisher konnte er gegen alle Kritik anführen, 2017 mit dem Reformprogramm gewählt worden zu sein, das er seitdem umsetzt. Die heftigen Auseinandersetzungen um die Rentenreform werfen aber Fragen auf. Nachdem der Protest der Straße abgeklungen ist und das parlamentarische Verfahren durch die Vertrauensfrage abgekürzt wurde, bleibt bei vielen Bürgern das Bild einer Regierung, die ihre Reformen rücksichtslos gegen alle Einwände und auch gegen die eigene Bevölkerung durchsetzt.

Zweitens entscheidet sich in der Kommunalwahl die Zukunft von Macrons Bewegung La République en Marche (LRM). Bisher fehlt ihr die lokale Verankerung, und erst ein Erfolg in der Fläche könn-

te LRM auf Dauer im Parteiensystem etablieren. Dabei hat die Präsidentenpartei jedoch in vielen Gemeinden mit Abspaltungen und konkurrierenden Kandidaten aus den eigenen Reihen zu kämpfen. Dahinter stehen neben persönlichen Animositäten auch programmatische Richtungskonflikte. Diese Abspaltungen könnten LRM wichtige Stimmen kosten, etwa in Paris, wo sich Macrons Kandidatin Agnès Buzyn in einem Dreikampf mit der Amtsinhaberin Anne Hidalgo (sozialistische Partei PS) und der ehemaligen Justizministerin Nicolas Sarkozys, Rachida Dati (Les Républicains, bürgerliche Partei), befindet. Da die Präsidentenpartei eine konkurrierende Liste aus den eigenen Reihen nicht verhindern konnte, fehlen ihr am Ende möglicherweise die entscheidenden Prozente.

Und schließlich richtet sich der Blick auf die Opposition. Die Kommunalwahl ist ihre letzte

Chance, um sich nach dem Debakel im Jahr 2017 neu aufzustellen. In vielen Städten zeigt sich, dass der Konflikt zwischen links und rechts, der angeblich mit der Wahl Emmanuel Macrons überwunden wurde, nach wie vor die Politik strukturiert.

So führt etwa in Straßburg Catherine Trautmann, die ehemalige Bürgermeisterin aus den Reihen der Sozialisten, mit einer „linken“ Agenda eine erfolgreiche Aufholjagd. Sie fordert die Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs, die Bekämpfung der Feinstaub- und Umweltbelastung und macht Vorschläge zur „sozialen Stadt“ und mobilisiert so das linke Zentrum.

In Paris zeigt Rachida Dati, dass auch die konservativen Republikaner Zustimmung finden, wenn sie bürgerliche Themen besetzen. Dati will die Pariser Müllabfuhr reformieren, um die Sauberkeit der Stadt zu

verbessern, und fordert eine neue, bewaffnete Stadtpolizei, um die Sicherheit von Personen und Gütern besser zu gewährleisten.

Nach dem ersten Wahlgang werden sich in der Woche bis zum 22. März die Fronten klären. Trotz aller kommunaler Bezüge werden die Listenverbindungen, die dann zum zweiten Wahlgang antreten, bereits wichtige Weichenstellungen im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2022 vorwegnehmen.

Nicht zuletzt wird das Abschneiden der Rechtspopulisten um Marine Le Pen zeigen, ob es Emmanuel Macron noch gelingen kann, die gesellschaftliche Spaltung, die in den Protestbewegungen 2018 und 2019 deutlich geworden ist, mit seinen Reformen zu überwinden.



Unser Gastautor Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (DFI) in Ludwigsburg.